

Die beiden US-Aktivisten Kevin Zeese und Margaret Flowers denken darüber nach, wie progressive Demokraten und soziale Bewegungen mehr Einfluss auf die US-Präsidentenwahlen im Jahr 2020 nehmen könnten – und über eine neue linke Partei.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 037/19 – 27.03.19

Zur Rolle der Progressiven und der sozialen Bewegungen in den US-Präsidentenwahlen im Jahr 2020

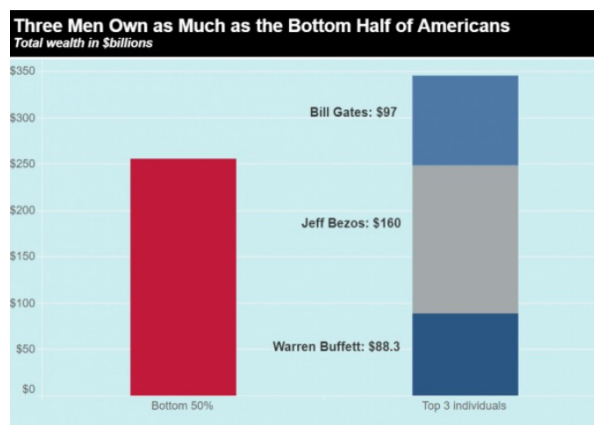
Von Kevin Zeese und Margaret Flowers

Global Research, 19.02.19

(<https://www.globalresearch.ca/the-movement-and-the-u-s-2020-elections-the-role-of-progressives-and-social-movements/5669019>)

Die USA sind eine Plutokratie, die nur den Reichen und nicht dem ganzen Volk dient. Obwohl wir es an vielen Fronten mit Krisen zu tun haben – mit wirtschaftlicher Unsicherheit, einem gewaltbereiten und rassistischen Staat, der Zerstörung der Umwelt, endlosen Kriegen und vielen anderen Übeln – wird keine der von der Wall Street finanzierten etablierten politischen Parteien etwas dagegen unternehmen. Sie werden nur dafür sorgen, dass die Reichen noch reicher werden.

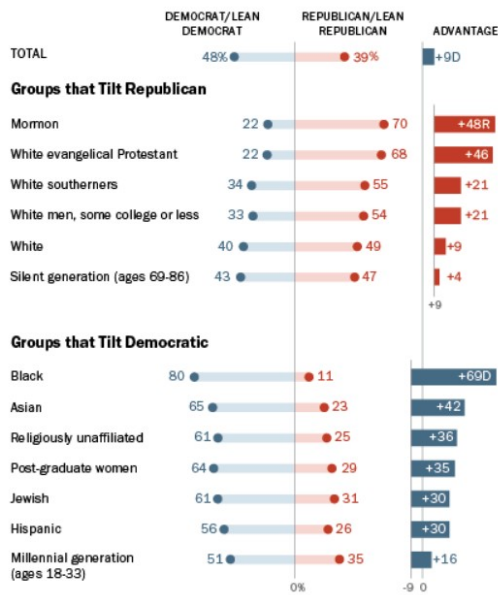
Der Reichtum ist so ungerecht verteilt, dass die drei reichsten US-Amerikaner (Jeff Bezos, Bill Gates und Warren Buffett, s. nebenstehende Grafik) mehr Geld als die ärmeren 50 Prozent der US-Bürger zusammen besitzen [s. <https://inequality.org/facts/wealth-inequality/>]. Ohne Geldspenden von den Reichen ist es fast unmöglich, sich bei Wahlen zu bewerben. 2016 wurde die Rekordsumme von mehr als 6,5 Milliarden Dollar für den US-weiten Wahlkampf gespendet [s. <https://www.forbes.com/sites/niallmccarthy/2017/04/18/the-2016-election-had-a-6-5-billion-dollar-price-tag-infographic/#aa5e6fe15443>], und 2020 werden es ganz bestimmt noch mehr Spenden sein. Mehr als die Hälfte dieser Spenden wurde von weniger als 400 Personen aus weniger als 150 Familien aufgebracht [s. <https://www.nytimes.com/2015/08/02/us/small-pool-of-rich-donors-dominates-election-giving.html>].



Wegen dieses Kandidatenkaufs entziehen immer mehr Wähler den beiden von der Wall Street finanzierten Parteien ihr Vertrauen. Nach offiziellen Erhebungen lassen sich 21,4 Prozent der Wahlberechtigten überhaupt nicht mehr in Wählerverzeichnissen registrieren [s. <https://www.forbes.com/sites/niallmccarthy/2017/04/18/the-2016-election-had-a-6-5-billion-dollar-price-tag-infographic/#71242a6f1544>], und 2018 hat sogar eine Mehrheit der eingetragenen Stimmberechtigten nicht gewählt [weitere Infos dazu unter <https://www.npr.org/2018/11/08/665197690/a-boatload-of-ballots-midterm-voter-turnout-hit-50-year-high>]. Nach Erkenntnissen des Meinungsforschungsinstitutes Pew Research Center (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pew_Research_Center) tendieren 40 Prozent der Wahlberechtigten zu unabhängigen Kandidaten, 30 Prozent bevorzugen Demokraten und nur 24 Prozent ziehen Republikaner vor [s. <http://www.people-press.org/2015/04/07/a-deep-dive-into-party-affiliation/>]. Aber auch die Mehrheit der eingetragenen Wahlberechtigten geht

Strong Groups for the Democratic and Republican Parties

% of each group that identifies as ...



Note: Whites and blacks include only those who are not Hispanic; Hispanics are of any race. Asians are non-Hispanic and English-speaking only.
Source: All Pew Research Center political surveys from 2014. Based on the general public.
PEW RESEARCH CENTER

nicht mehr zur Wahl. Die Medien berichten ja auch fast nur noch über Kandidaten der beiden großen Parteien oder kandidierende unabhängige Milliardäre, die sich natürlich nicht um die Interessen der einfachen Leute kümmern.

Das bringt die sozialen Bewegungen ins Spiel: Was können wir tun, um in den zwei Jahren, die bis zur nächsten Wahl verbleiben, unsere Probleme in den Mittelpunkt zu rücken, damit sich die Aufmerksamkeit nicht noch einmal nur auf die beiden großen Parteien und das Rennen um die Präsidentschaft richtet?

Den Progressiven ist es nicht gelungen, die Demokratische Partei nach links zu orientieren

Die US-Wähler sind in einem Wahlsystem gefangen, das von zwei Parteien, der Demokratischen und der Republikanischen Partei, beherrscht wird. Einige progressive Demokraten haben wieder einmal erfolglos versucht, die Demokratische Partei zu einer Partei der einfachen Leute zu machen.

Dazu haben wir Nick Brana (s. <https://www.linkedin.com/in/nick-brana-618aa652>) interviewt, der den Vorwahlkampf für Bernie Sanders organisiert hat. Das Interview, in dem er die Demokratische Partei analysiert hat, ist als Podcast aufzurufen über <https://popularresistance.org/podcast/>. Brana beschreibt die Bemühungen, die einige Progressive in den letzten drei Jahren unternommen haben, um die Demokratische Partei weiter nach links zu orientieren, und wie das vereitelt wurde [s. <https://popularresistance.org/three-months-after-the-midterms-nick-brana-describes-dems-corporate-wave/>]. Sie haben versucht,

- das Programm der Demokratischen Partei zu ändern. Es ist unverbindlich und deshalb eigentlich bedeutungslos; trotzdem hat die Parteiführung das von den Delegierten beschlossene Programm schon ein Jahr später kassiert und durch ein konservativeres mit dem Namen "Better Deal" ersetzt.
- den Vorsitzenden des Democratic National Committee's, abgekürzt DNC (des Bundesvorstandes der Demokratischen Partei, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) auszuwechseln. Dabei entdeckten sie, dass der Vorsitzende vom DNC selbst bestimmt wird; das DNC, das aus Konzern-Lobbyisten, Beratern und Superdelegierten (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Superdelegierter>) besteht, hat aber den von Hillary Clinton bevorzugten Tom Perez (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Tom_Perez) dem Abgeordneten Keith Ellison (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Keith_Ellison), der zum Vorstand des Progressiv Caucus (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Congressional_Progressive_Caucus) gehörte, vorgezogen.
- mehr Graswurzel-Aktivisten in das DNC zu entsenden. Stattdessen wurden auf der Tagung des DNC im Herbst 2017 noch mehr Progressive durch vorstands- und konzernhörige Jasager ersetzt.
- das Verfahren zur Auswahl demokratischer Präsidentschaftskandidaten zu verändern, weil bekannt wurde, dass Hillary Clinton vom DNC zum Nachteil von Bernie Sanders bevorzugt wurde. Die Parteiführung der Demokraten sorgte aber dafür, dass die Satzungskommission das Gegenteil festkloppte: Die Vorwahlen (s. <https://>

de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sidentschaftsvorwahl_in_den_Vereinigten_Staaten) bleiben geschlossene Veranstaltungen, um progressive und unabhängige Wahlberechtigte auszuschließen, die derzeitigen Vereinbarungen zwischen dem DNC und den Kampagnen von Präsidentschaftskandidaten zur Geldbeschaffung bleiben bestehen, die Anzahl der Bundesstaaten, in denen Parteikonferenzen darüber entscheiden, wer Präsidentschaftskandidat der Demokraten werden soll, wird verringert, weil sich diese Konferenzen meistens für progressive Kandidaten entscheiden, die Anzahl der (geborenen) Superdelegierten wird nicht verringert, und sie erhalten das Recht, eine zweiten Abstimmung zu verlangen, wenn sie das wünschen.

Um seine Macht noch weiter auszubauen, hat das DNC den so genannten "Loyalitätseid" eingeführt, der es seinem Vorsitzenden erlaubt, Kandidaten von der Wahl auszuschließen, wenn er der Meinung ist, sie hätten "nicht immer treu zur Demokratischen Partei gestanden". Das DNC hat auch nichts unternommen, um die Beeinflussung der Vorwahlen durch Spendengelder von Konzernen und Milliardären zu verhindern; deshalb kann sich die Wall Street auch weiterhin demokratische Präsidentschaftskandidaten kaufen, die ihr genehm sind.

Die Ergebnisse der Zwischenwahl im Jahr 2018 zeigen, dass die Blaue Welle in Wirklichkeit vor allem konzernhörige Demokraten ins Repräsentantenhaus geschwemmt hat. Nach Branas Meinung sind unter den insgesamt 435 Abgeordneten nur die 2018 erstmals gewählten Demokratinnen Alexandria Ocasio-Cortez (abgekürzt AOC, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexandria_Ocasio-Cortez) und Ayanna Pressley (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ayanna_Pressley) als Progressive anzusehen. Als Frau Pelosi erneut für den Vorsitz der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus kandidierte, ist nur ein Repräsentant der rechten Blue Dog Coalition (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Blue_Dog_Coalition) und kein progressiver Demokrat gegen sie angetreten; zu den "Progressiven", die Frau Pelosis "progressive Einstellung" priesen, gehörte neben AOC auch die Abgeordnete Pramila Jayapal (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pramila_Jayapal).

Im Gegensatz zu den erfolglosen Progressiven konnten die Militaristen bei den Wahlen im Jahr 2018 große Erfolge verbuchen [s. <https://popularrresistance.org/eleven-military-intelligence-democrats-win-us-house-seats/>]. 11 ehemalige Geheimdienstler und Militärs bildeten die größte Gruppe demokratischer Herausforderer, die in bisher von Republikanern gehaltenen Wahlkreisen siegen konnten [s. <https://theintercept.com/2018/04/26/steny-hoyer-audio-levi-tillemann/>]. In allen Wahlen im Jahr 2018 hat die Parteiführung der Demokraten progressive Kandidaten zu behindern versucht, indem man sie zum Beispiel dazu gezwungen hat, gegen eine Krankenversicherung für alle zu argumentieren [s. <https://theintercept.com/2018/02/27/dccc-internal-polling-congress-single-payer/>].

Es ist eine alte Erfahrung, die jede Generation selbst machen muss: Die Demokratische Partei kann nicht in eine Partei umfunktioniert werden, die sich für die kleinen Leute einsetzt. Schon bei ihrer Gründung Anfang der 1800er Jahre, als Sklaven noch als wertvollster "Besitz" galten, war sie eine Partei der Sklavenhalter und des Großen Geldes, und bis heute wird sie von der Wall Street finanziert. In seinem Buch "The Democrats: A Critical History" [Die Demokraten: Eine kritische Geschichte, s. <https://www.haymarketbooks.org/books/431-the-democrats>] weist Lance Selfa [s. <http://www.norc.org/Experts/Pages/lance-selfa.aspx>] nach, dass die Demokratische Partei die kleinen Leute von Anfang an betrogen und nur die Interessen der Wall Street und des US-Imperialismus vertreten hat. Er zeigt auch, dass die Demokratische Partei politische Bewegungen wie die Gewerkschaften, die Bürgerrechtsbewegung oder die Antikriegsbewegung immer wieder verraten und für ihre eigenen Zwecke missbraucht hat.

Soziale Bewegungen müssen unabhängig von konzernhörigen Parteien bleiben

Daraus sollten die sozialen Massenbewegungen lernen, dass sie eine eigene Partei brauchen. Wir dürfen uns nicht länger von den Mainstream-Medien und Politikern beider großen Parteien von unseren gemeinsamen Zielen ablenken lassen, deren Erreichen für die Menschen auf unserem Planeten unverzichtbar ist. In dieser Zeit der Krisen können wir uns nicht nur mit Scheinlösungen zufrieden geben.

Howie Hawkins (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Howie_Hawkins), einer der Gründer der Grünen Partei und der erste Kandidat, der für einen "Green New Deal" (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Green_New_Deal) gekämpft hat, beschreibt in seinem Artikel "From The Bottom Up: The Case For An Independent Left Party" [Von der Basis her: Für eine unabhängige linke Partei, s. <https://popularresistance.org/from-the-bottom-up-the-case-for-an-independent-left-party/>], wie sich der Trumpismus vom wirtschaftlichem Populismus in ein äußerst reaktionäres republikanisches Herrschaftsmodell für Millionäre und Milliardäre verwandelt hat. Er erklärt auch, dass die Demokraten keine Alternative sind, "weil sie den Ausbeuterkapitalismus und den militaristischen Imperialismus, dem auch sie verfallen sind, nicht beseitigen wollen".

Hawkins fordert deshalb dazu auf, "eine unabhängige, nur auf die Interessen ihrer Mitglieder ausgerichtete Partei der Arbeiterklasse aufzubauen". Auch die von Bernie Sanders propagierten "New-Deal-Reformen" hält er nicht für geeignet, "die Unterdrückung, Entfremdung und Entmachtung der arbeitenden Bevölkerung zu beenden"; sie könnten "auch nicht den nach unbegrenztem Wachstum strebenden kapitalistischen Wettbewerb stoppen, der unsere Umwelt und längerfristig die ganze Erde zerstöre".

Hawkins drängt auf die Gründung einer Ökosozialistischen Partei [s. <https://popularresistance.org/ecosocialism-enters-the-political-dialogue/>], die auch die Wirtschaft demokratisiert, die Produktionsmittel sozialisiert, die Planungsprozesse und die Verteilung der Überschüsse demokratisiert und Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift. Für ihn ist Sozialismus "eine Bewegung der arbeitenden Bevölkerung, die sich unabhängig von anderen Parteien um ihre eigene Befreiung kümmert".

Er möchte diese Partei von Mitgliedern auf lokaler Ebene aufbauen lassen und besteht darauf, dass sie unabhängig von den beiden bestehenden konzernhörigen Parteien bleibt. Lokale Gruppierungen sollen zu einer Massenbewegung zusammengeführt werden, die notwendige Veränderungen durchsetzen soll. Hawkins wurde schon als Teenager zum politisch aktiven Antirassisten, als er die Angriffe auf die Mississippi Freedom Democrats (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Mississippi_Freedom_Democratic_Party) miterlebte, die es "gewagt" hatten, die schwarze Farmpächterin Fannie Lou Hamer (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Fannie_Lou_Hamer) zu ihrer zweiten Vorsitzenden zu wählen. Er ist der Meinung, dass eine linke Partei rassistischen und ethnischen Vorurteilen von Anfang an entschieden entgegentreten muss, weil die Arbeiterklasse damit immer wieder gespalten wurde.

Hawkins zeigt auch die Gründe dafür auf, dass die Zeit für die Gründung einer linken Partei reif ist. Heute gehören zwei Drittel der US-Bevölkerung zur Arbeiterklasse, um 1900 war es nur ein Drittel. Die zum Mittelstand zählenden Lehrer, Krankenschwestern, Ärzte, Rechtsanwälte und Techniker vertreten meistens progressive Positionen in für die Arbeiterklasse wichtigen Fragen und sind deshalb wichtige Bündnispartner. Die Arbeiterklasse und der Mittelstand sind heute besser ausgebildet als jemals zuvor. Im Laufe der letzten vierzig Jahre ist ihr Lebensstandard aber stark abgesunken, besonders bei den Jüngeren,

die meist hochverschuldet ins Berufsleben einsteigen müssen. Auch weil die Umweltkrise nicht mehr länger ignoriert werden kann, ist ein radikaler Umbau der Wirtschaft unauf-schiebbar.

Große Probleme zwingen zum Umdenken und erleichtern die Mobilisierung

Popular Resistance (Widerstand aus dem Volk, s. <https://popularresistance.org/aboutus/>) hat ein 16-Punkte-Programm [s. <https://popularresistance.org/peoplesagenda/>] für Ge-rechtigkeit in der Wirtschaft, gegen Rassismus und zu Umweltproblemen entwickelt, mit dessen Umsetzung wir möglichst bald beginnen müssen:

Eine verbesserte staatliche Gesundheitsfürsorge für alle: Die Umwandlung der Ge-sundheitsfürsorge in den USA von einem privatwirtschaftlich organisierten Versiche-rungssystem in eine alle einschließende staatliche Krankenversicherung [s. <http://healthoverprofit.org/2019/02/15/to-be-crystal-clear-medicare-for-all-does-not-mean-medicare-for-some/>] ist dringend notwendig, weil jährlich mehr als 100.000 Todesfälle zu vermeiden wären [s. http://www.pnhp.org/news/2008/january/us_has_most_preven.php], wenn wir eine Kran-kenversicherung wie Großbritannien oder Frankreich hätten; zwei Drittel der Privatinsol-venzen – mehr als 500.000 pro Jahr – sind krankheitsbedingt [s. <http://healthoverprofit.org/2019/02/13/new-medical-bankruptcy-study-two-thirds-of-filers-cite-illness-and-medical-bills-as-contributors-to-financial-ruin/>], obwohl die meisten Betroffenen eine Krankenversi-cherung hatten. 29 Millionen Menschen haben keine Krankenversicherung, und 87 Millio-nen Menschen sind unterversichert [s. <http://healthoverprofit.org/2019/02/13/eighty-seven-million-adults-are-inadequately-insured/>].

Viele Demokraten – auch die Präsidentschaftskandidaten – setzen sich zwar verbal für eine ausgeweitete und verbesserte Krankenversicherung für alle ein, die sozialen Bewe-gungen müssen aber Druck auf sie ausüben, damit sie nicht nur darüber reden oder nur Scheinlösungen anbieten, indem sie Medicare (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Medicare>) nur für einen beschränkten Personenkreis vorsehen oder eine Beitragspflicht für Medicare und Altersbeschränkungen bei Medicare einführen wollen. Wenn Medicare auf alle ausge-weitert wird, bleiben die Menschen nicht nur gesünder, damit würde auch die wirtschaftli-che Situation der Armen, Alten und vieler Menschen anderer Hautfarbe verbessert. Dieses Problem wäre durch bessere Aufklärung und das Organisieren von Protesten zu lösen.

Schließen Sie sich deshalb unserer Kampagne "Health over Profit" [Gesundheit vor Profit, s. <http://healthoverprofit.org/>] an.

Einen Green New Deal initiieren: Ein Green New Deal (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Green_New_Deal) wurde erstmals im Jahr 2006 von den Global Greens (s. <https://www.globalgreens.org/member-parties>) vorgeschlagen [s. <https://popularresistance.org/sorry-democrats-the-green-party-came-up-with-the-green-new-deal/>], dann von Kandidaten der Green Party bei Wahlen auf der Ebene der Bundesstaaten [s. <https://popularresistance.org/the-green-new-deal-new-york-needs-from-its-original-source/>] und auch von Jill Stein bei ihren beiden Präsidentschaftskandidaturen [s. <https://popularresistance.org/congress-and-states-should-enact-a-green-new-deal/>] übernommen. Das Problem kam jetzt dank (der neugewählten demokratischen Abgeordneten) Alexandria Ocasio-Cortez auch auf die politische Tagesordnung der Demokratischen Partei. Sie und (der demokratische) Senator Ed Markey (aus Massachusetts, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ed_Markey) führten Forderungen des Green New Deal in die Programmatik der Demokraten ein und wur-den dabei von mehr als 50 Demokraten, darunter auch einige Präsidentschaftskandidaten, unterstützt.

Mit der von ihnen eingebrachten Resolution könnte ein Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt werden [s. <https://popularresistance.org/a-positive-vision-for-what-the-green-new-deal-could-be/>], mit dem endlich auf den Klimawandel reagiert werden könnte, der schon von mehreren US-Präsidenten sträflich vernachlässigt wurde [s. <https://popularresistance.org/climate-crisis-misleadership/>]. Die sozialen Bewegungen müssen gemeinsam für einen echten Green New Deal eintreten [s. <https://popularresistance.org/uniting-for-a-green-new-deal/>].

Mit einem Green New Deal, der eine Energiewirtschaft ohne fossile Brennstoffe und Atomkraft anstrebt [s. <https://popularresistance.org/excluding-nuclear-fossils-with-carbon-capture-biofuels-from-the-green-new-deal-makes-financial-climate-sense/>], ließe sich nicht nur der Klimawandel stoppen, sondern auch ein neues Wirtschaftsmodell installieren [s. <https://popularresistance.org/the-green-new-deal-and-the-shift-to-a-new-economy/>], das fairer wäre und mehr wirtschaftliche Sicherheit brächte. Von erneuerbarer Energie würden alle Menschen profitieren. Wenn gleichzeitig die Energieversorgung und sonstige öffentliche Dienstleistungen vergesellschaftet würden [s. <https://popularresistance.org/the-green-new-deal-must-put-utilities-under-public-control/>), könnten auch genügend gutbezahlte Jobs geschaffen und die Rechte der Arbeitenden gestärkt werden [s. <https://popularresistance.org/12-reasons-labor-should-demand-a-green-new-deal/>]. Um Wohnraum für Millionen zu schaffen, müsste der Bau von Sozialwohnung forciert werden [s. <https://popularresistance.org/green-new-deal-housing-10-million-homes-in-ten-years/>]. Die Agrarindustrie müsste in eine nachhaltige Landwirtschaft zurückverwandelt werden [s. <https://popularresistance.org/a-call-for-the-food-movement-to-get-behind-the-green-new-deal/>], und staatliche Banken müssten den New Deal finanzieren [s. <https://popularresistance.org/ocasio-proposed-green-new-deal-includes-public-bank-funding/>]. Weil die Führung der Demokratischen Partei bereits versucht, die Initiative für einen Green New Deal auszubremsen, müssen sich die sozialen Bewegungen noch stärker dafür einsetzen [s. <https://popularresistance.org/democrats-killed-the-green-new-deal/>].

Die Kriege stoppen und das US-Imperium auflösen: Das US-Imperium befindet sich zwar schon im Niedergang [s. <https://popularresistance.org/alfred-mccoy-the-coming-fall-of-us-empire/>], verursacht aber immer noch große Zerstörungen und viel Verwirrung rund um den Globus. Der US-Militarismus verschlingt viel Geld [s. <https://popularresistance.org/pentagon-fails-its-first-ever-audit/>], die Rüstungswirtschaft des Imperiums bringt den meisten US-Bürgern aber nichts ein [s. <https://popularresistance.org/the-empire-economy-no-longer-serves-the-us-economy-or-people/>]. Sie verursacht nur Destabilisierung und Tod, eine Massenflucht aus Kriegsgebieten und einschneidende Sparmaßnahmen (bei den Sozialausgaben) in den USA. Im Laufe des nächsten Jahrzehnts sollten sich die sozialen Bewegungen darauf verständigen, wie das US-Imperium möglichst gewaltfrei aufzulösen ist [weitere Infos dazu s. unter <https://popularresistance.org/best-of-tomdispatch-chalmers-johnson-dismantling-the-empire/>].

Weil die Überlegenheit der USA schwindet, eskalieren sie die Konflikte mit anderen Großmächten [s. <https://popularresistance.org/new-defense-strategy-war-with-great-nations-arms-race/>]. Die USA müssen ihre sinnlosen seit 15 Jahren andauernden Kriege im Mittleren Osten und ihren verlorenen 18-jährigen Krieg in Afghanistan endlich beenden [s. <https://popularresistance.org/new-defense-strategy-war-with-great-nations-arms-race/>]. Auch die Politik der Regime-Wechsel in Lateinamerika, mit der Regierungen, die sich für die Interessen ihrer Völker einsetzen, beseitigt werden sollen, muss aufhören – nicht nur in Venezuela [s. <https://popularresistance.org/tag/Venezuela/>], wo eine Militärintervention droht, sondern auch in Nicaragua [s. <https://popularresistance.org/tag/nicaragua/>], Bolivien [s. <https://popularresistance.org/evo-morales-us-is-greatest-threat-to-freedom-democracy/>], und Kuba [s. <https://popularresistance.org/cuba-trump-turns-the-vice/>]. Das Flücht-

lingsproblem, das Trump ausnutzt, um eine Mauer entlang der Grenze zwischen den USA und Mexiko zu bauen, ist erst durch die US-Politik in Lateinamerika entstanden [s. <https://popularresistance.org/honduran-migrant-march-a-refugee-crisis-caused-by-us-policy-and-us-partners/>]. Außerdem müssen die USA die Besetzung Afrikas durch das AFRICOM (in Stuttgart) einstellen [s. <https://popularresistance.org/africom-a-neocolonial-occupation-force/https://popularresistance.org/africom-a-neocolonial-occupation-force/>] und die erneute Kolonisierung dieses Kontinentes stoppen [s. <https://popularresistance.org/the-us-military-is-all-over-africa-despite-not-being-at-war-in-africa/>].

Werden auch Sie aktiv: Nehmen Sie am 23. Februar 2019 teil **am internationalen Aktionstag gegen eine US-Intervention in Venezuela** [s. <https://popularresistance.org/organizing-tool-kit-for-feb-23-hands-off-venezuela-actions/>] und **am nationalen Protesttag "Hands off Venezuela"** [s. <https://popularresistance.org/organizing-tool-kit-for-feb-23-hands-off-venezuela-actions/>) am 16. März 2019 in Washington D.C. .

Proteste wird es auch rund um den 4. April geben, wenn die NATO in Washington D.C. ihren 70. Geburtstag feiert, am gleichen Tag an dem sich auch der Todestag von Martin Luther King jr. und seine berühmte Vietnam-Rede jähren.

Schließen Sie sich den Aktionen gegen die NATO an, die im Frühling in Washington D.C. stattfinden [s. <https://popularresistance.org/no-to-nato-spring-actions-in-washington-dc/>].

Weil wir US-Amerikaner in einer Scheindemokratie mit manipulierten Wahlen leben, gibt es viel zu tun, wenn wir eine Massenbewegung aufbauen wollen, mit dem Ziel, die Politik der USA zu ändern. Dazu gehört auch die Gründung einer unabhängigen Partei, die unsere Bewegung bei Wahlen repräsentiert.

(Wir haben den wichtigen Artikel, der auch Impulse für soziale Bewegungen in der Bundesrepublik liefern könnte, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und zusätzlichen Links in runden Klammern versehen, Die Links in eckigen Klammern stammen von den Autoren; Infos über sie sind aufzurufen unter <https://www.laprogressive.com/author/kevin-zeese-and-margaret-flowers/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Movement and the U.S. 2020 Elections. The Role of Progressives and Social Movements

By Kevin Zeese and Margaret Flowers
February 19, 2019

The political system in the United States is a plutocracy, one that works for the benefit of the wealthy, not the people. Although we face growing crises on multiple fronts – economic insecurity, a violent and racist state, environmental devastation, never-ending wars and more – neither of the Wall Street-funded political parties will take action to respond. Instead, they are helping the rich get richer.

The wealth divide has gotten so severe that three people have more wealth than the bottom 50% of people in the country. Without the support of the rich, it is nearly impossible to compete in elections. In 2016, more than \$6.5 billion was spent on the federal elections, a

record that will surely be broken in 2020. More than half that money came from less than 400 people, from fewer than 150 families.

People are aware of this corruption and are leaving the two Wall Street parties. According to the census, 21.4% of people do not register to vote, and in 2018, less than a majority of registered voters voted. According to Pew Research, independents (40% of voters) outnumber Democrats (30%) and Republicans (24%). The largest category of registered voters is non-voters. Yet, the media primarily covers those who run within the two parties, or billionaire independent candidates who do not represent the views of most people.

This raises a question for social movements: What can be done to advance our agenda over the next two years when attention will be devoted mostly to two parties and the presidential race?

Progressives Failed to Make the Democratic Party a Left-Progressive Party

People in the United States are trapped in an electoral system of two parties. Some progressives have tried — once again — to remake the Democratic Party into a people's party.

We interviewed Nick Brana, a former top political organizer for the Sanders presidential campaign, on the Popular Resistance podcast, which will be aired Monday, about his analysis of the Democratic Party. Brana describes the efforts of progressives to push the party to the left over the past three years and how they were stopped at every turn. They tried to:

Change the Democratic Party Platform: The platform is nonbinding and meaningless but even so, the Party scrapped the platform passed by the delegates the following year and replaced it with a more conservative one called the "Better Deal."

Replace the Democratic National Committee (DNC) Chair. They discovered the chair is picked by the DNC, which is made up of corporate lobbyists, consultants, and superdelegates, who picked Hillary Clinton's candidate Tom Perez, over Rep. Keith Ellison, former co-chair of the Progressive Caucus.

Replace the DNC membership with grassroots activists. Instead, at the DNC's 2017 fall meeting, the Party purged progressives from the DNC, making it more corporate and elitist.

Fix the Presidential primary process after it was disclosed that the DNC weighted the scale in favor of Hillary Clinton over Bernie Sanders. The Democrats rigged the Rules Commission to accomplish the opposite, i.e., kept closed primaries to shut out progressive independent voters, kept joint fundraising agreements between the DNC and presidential campaigns, slashed the number of states that hold caucuses, which favor progressive candidates, and refused to eliminate superdelegates, moving them to the second ballot at the convention but reserving the right to force a second ballot if they choose.

Further cementing their power, Democrats added a "loyalty oath" which allows the DNC chair to unilaterally deny candidates access to the ballot if he deems the candidate has been insufficiently "faithful" to the Party during their life. And the DNC did nothing to remove corporate and billionaire money from the primary or the Party, ensuring Wall Street can continue purchasing its politicians.

The results of the 2018 election show the Blue Wave was really a Corporate Wave. Brana describes how only two progressives out of 435 members of Congress unseated House

Democrats in all of 2018: Alexandria Ocasio-Cortez and Ayanna Pressley. When Pelosi was challenged as leader of the House Democrats, she was challenged from a right-wing Blue Dog Democrat, not a progressive Democrat, with many “progressives” including AOC and Rep. Jayapal speaking up for Pelosi’s progressive credentials.

In contrast to the failure of progressives, the militarists had a banner 2018 election. The 11 former intelligence officials and veterans were the largest groups of victorious Democratic challengers in Republican districts. Throughout the 2018 election cycle, Democratic Party leaders worked against progressive candidates, for instance pushing them to oppose Medicare for all.

This is an old story that each generation learns for itself: the Democratic Party cannot be remade into a people’s party. It has been a big business party from its founding as a slaveholders party in the early 1800s, when slaves were the most valuable “property” in the country, to its Wall Street funding today. Lance Selfa, in “The Democrats: A Critical History,” shows how the Democratic Party has consistently betrayed the needs of ordinary people while pursuing an agenda favorable to Wall Street and US imperialism. He shows how political movements from the union and workers movements to the civil rights movement to the antiwar movement, among others, have been betrayed and undermined by the Democratic Party.

Social Movements Must Be Independent of the Corporate Parties

The lesson is mass movements need to build their own party. The movement should not be distracted by the media and bi-partisan politicians who urge us to vote against what is necessary for the people and planet. At this time of crisis, we cannot settle for false non-solutions.

Howie Hawkins, one of the founders of the Green Party and the first candidate to campaign on a Green New Deal, describes, in *From The Bottom Up: The Case For An Independent Left Party*, how Trumpism is weakening as its rhetoric of economic populism has turned into extreme reactionary Republicanism for the millionaires and billionaires. He explains that Democrats are not the answer either, as “they won’t replace austerity capitalism and militaristic imperialism to which the Democratic Party is committed.”

The result, writes Hawkins, is we must commit ourselves “to build an independent, membership-based working-class party.” Even the New Deal-type reforms of Bernie Sanders “do not end the oppression, alienation, and disempowerment of working people” and do not stop “capitalism’s competitive drive for mindless growth that is devouring the environment and roasting the planet.”

Hawkins urges an ecosocialist party that creates economic democracy, i.e. social ownership of the means of production for democratic planning and allocation of economic surpluses as well as confronting the climate crisis. He explains socialism is a “movement of the working class acting for itself, independently, for its own freedom.”

He urges membership-based parties building from the local level that are independent of the two corporate-funded parties. Local branches would educate people on issues to support a mass movement for transformational change. Hawkins is a long-time anti-racism activist. He became politically active as a teenager when he saw the mistreatment of the Mississippi Freedom Democrats, who elected sharecropper Fannie Lou Hamer as their co-chair. He believes a left party must confront racial and ethnic tensions that have divided the working class throughout its history.

Hawkins points out the reasons why the time is ripe for this. Two-thirds of people are from the working class compared to one-third in 1900. The middle class (e.g. teachers, nurses, doctors, lawyers, technicians) holds progressive positions on policy issues creating super-majority support for critical issues on our agenda. The working and middle classes are better educated than ever. Over the last forty years, their living standards have declined, especially the younger cohort that is starting life in debt like no other generation. Finally, the environmental crisis is upon us and can no longer be ignored creating a decisive need for radical remaking of the economy.

Critical Issues To Educate And Mobilize Around

Popular Resistance identified a 16 point People's Agenda for economic, racial and environmental justice as well as peace. Three issues on which we should focus our organizing over the next few years include:

National Improved Medicare For All: The transformation of healthcare in the US from an insurance-based market system to a national public health system is an urgent need with over 100,000 deaths annually that would not occur if we had a system like the UK or France, two-thirds of bankruptcies (more than 500,000 per year) are due to medical illness even though most of those who were bankrupted had insurance, 29 million people do not have health insurance and 87 million people are underinsured.

While many Democrats are supporting expanded and improved Medicare for all, including presidential candidates, the movement needs to push them to truly mean it and not to support fake solutions that use our language, e.g. Medicare for some (public options, Medicare buy-ins and reducing the age of Medicare). Winning Medicare for all will not only improve the health of everyone, it will be a great economic equalizer for the poor, elderly and communities of color. This is an issue we can win if we continue to educate and organize around it.

Join our Health Over Profit for Everyone campaign.

Enacting a Green New Deal. The Green New deal has been advocated for since 2006, first by Global Greens, then by Green Party candidates at the state level and then by Jill Stein in her two presidential runs. The issue is now part of the political agenda thanks to Alexandria Ocasio-Cortez. She and Senator Ed Markey led the introduction of a framework for a Green New Deal, which is supported by more than 50 Democrats including many presidential candidates.

Their resolution is a framework that the movement needs to educate and organize to make into real legislation to urgently confront the climate crisis, which has been mishandled by successive US presidents. The movement must unite for a real Green New Deal.

The Green New Deal has the potential to not only confront the climate crisis by shifting to a carbon-free/nuclear-free energy economy but to also shift to a new economy that is fairer and provides economic security. Remaking energy so it serves the people, including socializing energy systems, e.g. public utilities, could also provide living wage jobs and strengthen worker's rights. It will require the remaking of housing, which could include social housing for millions of people, a shift from agribusiness to regenerative agriculture and remaking finance to include public banks to pay for a Green New Deal. The Democratic leadership is already seeking to kill the Green New Deal, so the movement has its work cut out for it.

Stopping Wars and Ending US Empire: US empire is in decline but is still causing great destruction and chaos around the world. US militarism is expensive. The empire economy does not serve people, causing destabilization, death and mass migration abroad as well as austerity measures at home. Over the next decade, the movement has an opportunity to define how we end empire in the least destructive way possible.

As US dominance wanes, the US is escalating conflicts with other great powers. The US needs to end 15 years of failed wars in the Middle East and 18 years in Afghanistan. In Latin America, US continues to be regime change against governments that seek to represent the interests of their people especially in Venezuela where the threat of militarism is escalating, but also in Nicaragua, Bolivia, and Cuba. The migrant issue being used by Trump to build a wall along the US-Mexican border is created by US policies in Central America. And, the US needs to stop the militarization of Africa and its neocolonial occupation by Africom.

Take action: Participate in the Feb. 23, 2019, international day of action against the US intervention in Venezuela and the "Hands-Off" national protest in Washington, DC on March 16, 2019.

There will also be actions around April 4, when NATO holds its 70th-anniversary meeting in Washington, DC, on the same day as the anniversary of Martin Luther King, Jr.'s death and his Beyond Vietnam speech.

Join the Spring Actions against NATO in Washington, DC.

While the US lives in a mirage democracy with manipulated elections, there is a lot of work we can do to build a mass movement that changes the direction of the country. This includes building independent political parties to represent that movement in elections.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern